

Beschluss aus 2011 zum Bäderkonzept steht (25.04.2016)

Derzeitige Planungen gegen gültigen Stadtratsbeschluss / CDU-Fraktion fordert Vertagung

Die aktuelle Debatte um die Schließungsszenarien der Stadtverwaltung für einzelne Erfurter Bäder hält CDU-Stadträtin Marion Walsmann für überflüssig und verweist auf einen eindeutigen Beschluss zu den Bädern. Bereits am 23. November 2011 beschloss der Stadtrat mit 44 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen das Erfurter Bäderkonzept. Demnach ist sowohl der Erhalt des Dreienbrunnenbades, als auch des Freibades in Möbisburg vorgesehen. Außerdem soll im Erfurter Norden eine weitere Schwimmhalle neu gebaut werden.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 21. April 2016 stand die Fortschreibung des Bäderkonzeptes zur Diskussion, wurde jedoch vertagt. Entsprechend dieser Fortschreibung, plant die Verwaltung im Widerspruch zum Ausgangsbeschluss zum Bäderkonzept die Schließung des Dreienbrunnenbades. Im Antrag ist die Rede von Alternativen. Wie aber aus den Medien bekannt ist, soll das Dreienbrunnenbad nicht mehr als Freibad genutzt werden. Walsmann kommentiert dazu: „Wir haben jetzt schon eine Unterversorgung an Badeflächen. Die Erfurter Bevölkerung wächst tendenziell weiter. Der Beschluss zum Bäderkonzept aus dem Jahr 2011 steht deshalb. Der aktuelle Fortschreibungsentwurf der Stadtverwaltung stellt einen demokratischen Beschluss des Stadtrates infrage und wurde daher zu Recht vertagt. Außerdem ist er in sich widersprüchlich. Zudem soll die Verwaltung den Schwerpunkt nicht auf Zwischenberichte, sondern auf die Umsetzung von Beschlüssen setzen. Die Schließung des Dreienbrunnenbades stünde im Widerspruch zum Beschluss aus 2011. Wenn die Verwaltung das Bad schließen will, müsste sie zunächst den alten Beschluss zum Bäderkonzept aufheben und sich offen zu ihren Schließungsplänen bekennen.“

Walsmann kritisiert außerdem die mangelnde Einbeziehung von Bürgerinteressen. Die Bürgerinitiative für das Dreienbrunnenbades hatte nicht einmal die Möglichkeit entsprechende Unterlagen einzusehen. Offenbar redet die Verwaltung zwar gern von Bürgerbeteiligung, meint dies aber nicht wirklich ernst. Die Vertagung im Wirtschaftsausschuss ist Zeugnis dafür, dass auch die Stadträte nicht ausreichend informiert und mit den nötigen Diskussionsgrundlagen ausgestattet werden.

Die CDU-Fraktion fordert daher die Vertagung des Tagesordnungspunktes in der Stadtratssitzung am 27. April sowie bessere Informationen und Einbindung sowohl der Bürger, als auch der Stadträte. An vorderster Stelle stehen außerdem die Erfüllung und die Umsetzung des gültigen Stadtratsbeschlusses zum Bäderkonzept aus dem Jahr 2011.